

Brexit and the Rule of Law



Sir Jeffrey Jowell (l.) und Prof. Dr. Jörg Fedtke. – Foto: Munzinger

Sir Jeffrey Jowell, Emeritus Professor of Public Law am University College London (UCL) und eine führende Stimme Großbritanniens in Sachen Menschenrechte und Demokratie, ist einer Einladung des Lehrstuhlinhabers für „Common Law“, Prof. Dr. Jörg Fedtke, gefolgt, um in Passau über Brexit und die „Rule of Law“ (dt. „Herrschaft des Gesetzes“, das

britische Pendant zum deutschen Konzept des Rechtsstaats) zu referieren. Der PNP gab er vorab ein Interview.

Sir Jowell, wie stehen Sie zum Brexit?

Ich halte die Entscheidung für einen Fehler. Wie es aussieht, müssen wir aber mit diesem Fehler leben, jedenfalls für den Moment.

Was ist die „Rule of Law“?

Das Konzept überschneidet sich stark mit der Vorstellung vom Rechtsstaat. Das „Rule of Law“-Prinzip braucht zuvorderst vier Elemente: Die Legalität, also dass jeder unter dem Gesetz steht, sogar die Regierung. Dann die Rechtssicherheit, das Recht sollte zugänglich, transparent und gesichert sein. Drittens: Gleichheit vor dem Gesetz, egal ob arm oder reich, mächtig oder machtlos. Das sind die formalen Elemente. Man kann jedoch all diese Prinzipien beachten und doch ungerechte Gesetze haben. Deshalb braucht

es das vierte Element, den Zugang zur Justiz, der erfüllt das Konzept mit Leben. Es erlaubt dem Individuum, über sein Leben getroffene Entscheidungen anzufechten. Ich denke, all das stimmt mit dem „Rechtsstaat“ absolut überein.

Was haben Brexit und „Rule of Law“ miteinander zu tun? Wo entstehen Probleme?

Die Frage ist eher: Was haben die beiden nicht miteinander zu tun? Da gibt es zahllose ungeklärte Fragen. Ist das Referendum für das Parlament bindend? Muss das Parlament auf die Mehrheit von gerade einmal 52 Prozent hören? Wer entscheidet, dass wir Europa verlassen? Ursprünglich hieß es, dass das die Exekutive macht, die Premierministerin. Andere sagten, dass das Parlamentsache sei, weil wir unsere Gesetze ändern müssen. Werden wir weiterhin dem Europäischen Gerichtshof unterstehen oder nicht? Werden wir uns weiterhin an die Charta der EU halten? Das alles steht zur

Debatte und die „Rule of Law“ ist in gewisser Hinsicht gefährdet, da sie ein Maß an Gewissheit voraussetzt. Im Moment haben wir nicht die leiseste Ahnung und ich glaube, auch die EU hat einige dieser komplexen Probleme noch nicht bedacht.

Worauf hoffen Sie in diesen Fragen?

Ich hoffe auf eine vernünftige Lösung für alle. Meine Befürchtung ist, dass die Verhandlungsführer der EU an uns ein Exempel statuieren um andere Austrittswillige nicht zu ermutigen. Vor allem aber hoffe ich, dass wir in Schlüsselfragen wie Migration und Flucht eine humane und humanitäre Haltung einnehmen wie wir sie von Angela Merkel gehört haben. Eine flexible Herangehensweise vor allem im Hinblick auf Menschen, die durch Krieg und Zerstörung vertrieben wurden.

Fragen und Übersetzung aus dem Englischen: Johannes Munzinger